

ANTRAG

der Fraktion der NPD

SGB II ändern und „Job-Nomadentum“ für unzumutbar erklären

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung ergreift unverzüglich eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, den § 10 SGB II so abzuändern, dass das Verlassen der Heimatregion zur Erlangung eines Arbeitsplatzes als unzumutbar normiert wird.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

§ 10 (2) Nr. 3 SGB II bestimmt, dass eine Arbeit nicht allein deshalb unzumutbar ist, weil der Beschäftigungsort vom Wohnort des erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen weiter entfernt ist, als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort.

Dies eröffnet dem Wortlaut nach die Möglichkeit, Hilfebedürftige gegen ihren Willen zum Umzug in weit entfernte Gebiete, ja sogar ins Ausland zu zwingen.

Dies ist nicht nur eine Verletzung des Rechts auf Heimat, sondern gefährdet auch das Überleben des durch massive Auswanderung bereits geschwächten Landes Mecklenburg-Vorpommern.